

Uniklinikum Gießen-Marburg Ionenstrahl-Anlage steht still

In Marburg scheint das endgültige Aus für die Krebsbehandlung mit Ionenstrahlen längst vollzogen. Der Rhön-Konzern hat sich vom geplanten Partikeltherapie-Zentrum auf den Lahnbergen verabschiedet - und erhält dafür eine Entschädigung in Millionenhöhe.

Hessens Wissenschaftsministerin Eva Kühne-Hörmann (CDU) führt noch Gespräche mit Rhön und Siemens. Das hatte sie in der vergangenen Woche bei verschiedenen Gelegenheiten versichert. Ziel sei weiterhin, dass Tumorkranken an dem privatisierten Uniklinikum Marburg mit der Partikeltherapie geholfen wird. Doch: Der Rhön-Konzern besitzt keinen Zugang mehr zu dem für 17 Millionen Euro errichteten Gebäude auf den Lahnbergen, in dem im Spätsommer dieses Jahres eigentlich die neue Anlage in Betrieb gehen sollte.

Bis zu 2500 Menschen sollten dort behandelt werden. Nun ist die Firma Siemens dort Mieterin und forscht für sich alleine. Dafür bekommt Rhön eine Entschädigung in Höhe von 86 Millionen Euro.

Nachzulesen ist dies auf der Homepage des Uniklinikums. Die Konzernleitung hält sich bedeckt. Sprecher Hans-Jürgen Heck mag keine Details und erst recht keine Zahlen nennen: Die Anlage sei technisch nicht in der Lage, Kranke zu behandeln, teilt er auf Anfrage schriftlich mit. Rhön setze sich jedoch dafür ein, dass Patienten im Rahmen der Forschung davon profitieren können. „Da derzeit Gespräche laufen, geben wir keine weiteren Erklärungen ab.“

Rhön steckt in der Bredouille: Aus Sicht der Landesregierung hat sich der Konzern beim Kauf des Uniklinikums Gießen-Marburg Anfang 2006 zur Inbetriebnahme des Partikeltherapiezenters verpflichtet. Kommt die Aktiengesellschaft aus Bad Neustadt dem nicht nach, so drohen ihr Schadensersatzforderungen. Die Rede ist von 103 Millionen Euro. Rhön hingegen vertritt den Standpunkt, die im Konsortialvertrag zugesicherten Investitionen in Höhe von 367 Millionen Euro bis 2012 erfüllt zu haben.

„Wenn nun jährlich nur wenige hundert Menschen im Zuge der Forschung möglicherweise behandelt werden können, ist das zwar besser als ein vollständiger Verlust des Partikelzentrums für die Region, aber noch lange nicht das Einhalten des Versprechens der Landesregierung“, kritisiert Angela Dorn von den hessischen Grünen. Doch eine solch geringe Zahl rechnet sich für die Klinikette, die ihre Aktionäre bedienen will, auch nicht.

Das zeigt das Beispiel Universitätsklinikum Heidelberg, das im November 2009 sein Ionenstrahl-Therapiezentrum eröffnete; die Hälfte der Gesamtkosten in Höhe von 119 Millionen Euro hatte der Bund aufgebracht. Drei Jahre dauert der Aufbau, sagt Irmtraut Gürkan, kaufmännische Direktorin. Wenn Ende 2012 dort im Vollbetrieb 1000 Patienten behandelt werden können, „dann ist die Kostendeckung erreicht“.

Rhön als privater Klinikbetreiber erhielt keine öffentlichen Zuschüsse. Um auf

seine Kosten zu kommen, wollte der Konzern mit Siemens eine Anlage bauen, deren Strahlen schneller als die Heidelberger sind, so dass mehr Patienten behandelt werden können.

„Diese Idee hat sich im Laufe der Entwicklung zerschlagen“, sagt der wissenschaftlich-medizinische Leiter der Heidelberger Anlage, Jürgen Debus. Die Partikeltherapie befinde sich in der Entwicklung. „Damit kann man nicht im Hochdurchsatzverfahren arbeiten.“ Es handele sich um zeitaufwendige Handarbeit, um „individualisierte Medizin“, so der Professor weiter: „Das widerspricht der Fließbandmedizin.“ In der Heidelberger Anlage werden hauptsächlich Tumore in Kopf, Leber, Prostata und Knochen behandelt. Auch Kinder werden mit der nach Klinikumsangaben „weltweit ersten Ionentherapie-Anlage“ bestrahlt. Bis zu drei Megawatt verbrauche das Zentrum - so viel wie eine 10.000 Einwohner-Kleinstadt. Die Krankenkassen übernehmen die Kosten, sagt Debus und widerspricht damit Angela Spelsberg, Leiterin des Tumorzentrums Aachen, die im FR-Interview Gegenteiliges behauptet hatte. Auch sei die Wirksamkeit bei gewissen Tumoren in klinischen Studien bewiesen.

Wichtig, so Debus, sei auch, dass die Heidelberger Anlage der Forschung diene: „Man muss wissenschaftliche Ergebnisse bringen.“ Unter anderem auch die Erkenntnis, wie viele solcher Anlagen die Republik benötigt, um ihrer Bevölkerung „gute Medizin“ zu bieten.